



26.11.2019

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung
des Ausschusses für Technik und Umwelt
- gleichzeitig Betriebsausschuss
vom 21.11.2019

- Öffentlich -

Ausschuss für Technik und Umwelt

1. Integriertes Klimaschutzkonzept (IKK) Endbericht Band I

Der Ausschuss für Technik und Umwelt nimmt folgendes zur Kenntnis und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1.1 Von der Einbringung des Integrierten Klimaschutzkonzepts für den Landkreis Esslingen Endbericht - Band I wird Kenntnis genommen.
- 1.2 Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Prüfung und Wertung der Empfehlungen 5.1 a) Klimaschutzmanagerin/Klimaschutzmanager und 6.3.2.I.1. Klimaschutzagentur des Landkreises Esslingen im Integrierten Klimaschutzkonzept Endbericht – Band I die Umsetzung dieser beiden Empfehlungen vorzubereiten.

2. Haushaltsdebatte 2020 - Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung

Der Ausschuss für Technik und Umwelt fasst folgende Beschlüsse:

2.1 Antrag Fraktion Freie Wähler

2.1.1 Klimaschutz

Die Freien Wähler beantragen eine Darstellung in welcher Form der Landkreis Esslingen in den vergangenen zehn Jahren zum Klimaschutz beigetragen hat.

Die Darstellung soll sich zum einen auf Einsparungen in den Mengen der Verschmutzung und zum anderen auf den technologischen Wandel beziehen.

Zum zweiten wird gebeten darzustellen, mit welchen Ansätzen der Landkreis bei direkter Verantwortung (z.B. Fahrzeuge, Gebäude, usw.) erfolgreich war und wo durch motivierende Aktionen oder regulierende Maßnahmen (Auflagen, Anwendung von Gesetzen, usw.) die Erfolge erzielt wurden.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.2 Antrag GRÜNE

2.2.1 Klimaschutzpakt – der kommunalen Vorbildfunktion gerecht werden

Wir beantragen den Beitritt des Landkreises Esslingen zum Klimaschutzpakt des Landes.

Den Gemeinden, Städten und Landkreisen kommt beim Klimaschutz eine Schlüsselrolle zu. Dazu haben die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände Ende 2015 den „Klimaschutzpakt Baden-Württemberg“ geschlossen. Im Klimaschutzpakt bekennen sich die Parteien zur Vorbildwirkung der öffentlichen Hand beim Klimaschutz und zu den Zielen des Klimaschutzgesetzes. Mit dem Klimaschutzpakt setzen das Land und die kommunalen Landesverbände den gesetzlichen Auftrag des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg um, wonach das Land die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Vorbildfunktion unterstützt.

Mit einem Beitritt zum Klimaschutzpakt kann der Landkreis von verbesserten Förderbedingungen beim Landesprogramm Klimaschutz-Plus profitieren, u.a. erhält er als Mitglied bei energetischen Sanierungsmaßnahmen einen zusätzlichen Förderzuschuss von 10 Prozent.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.3 Antrag CDU

2.3.1 Antrag Winterdienst

Die Verwaltung wird gebeten, ein personelles und organisatorisches Konzept für einen künftigen leistungsfähigen Winterdienst vorzulegen.

Insbesondere sind die Modalitäten der bestehenden Winterdienstverträge (z.B. jeweilige Laufzeiten und Kosten) darzustellen, aber auch wie man gedenkt, mit auslaufenden Verträgen umzugehen. Dies beinhaltet auch einen Vergleich der Kosten „eigenes Personal-externe Firma“.

Begründung:

Bekanntermaßen haben immer weniger Unternehmen Interesse, ein Angebot zur Durchführung des Winterdienstes abzugeben. Diese Situation wird sich in Zukunft nicht verändern, eher noch verschärfen.

Andererseits ist ein leistungsfähiger Winterdienst eine Pflichtaufgabe des Landkreises.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.4 Antrag SPD-Fraktion

2.4.1 Klimaschutzkonzept

1. Das vorgestellte Klimaschutzkonzept für den Landkreis ist zwar ein Anfang, das mögliche Handlungsfelder benennt. Um einen wirksamen Beitrag für den Klimaschutz leisten zu können, muss der Landkreis verbindliche Klimaschutzziele definieren und mit konkreten Maßnahmen und den entsprechenden Kennzahlen hinterlegen. Ansonsten ist das vom Landrat angekündigte Monitoring des Klimaschutzkonzepts nicht möglich. Daher beantragen wir eine entsprechende Konkretisierung des Klimaschutzkonzepts.

Diese Ziffer wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2. Um bei allen vom Landkreis angegangenen Maßnahmen das Thema Klimaschutz in die Entscheidungsprozesse mit einbeziehen zu können, sollen Sitzungsvorlagen des ATU künftig nicht nur mit der Darstellung der finanziellen Auswirkungen, sondern auch mit dem Hinweis auf die wahrscheinlichen Auswirkungen für den Klimaschutz auf Basis des Klimaschutzkonzepts (betroffene Handlungsfelder, Kennzahl und (Leit-)Ziele, sowie erwarteter Beitrag der Maßnahme zur Zielerreichung) versehen werden.

Diese Ziffer wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 138a/2019 sowie der Zusage, dass die Thematik im Ältestenrat grundsätzlich diskutiert werde, als erledigt betrachtet.

3. Die Bevölkerung, die Landwirtschaft und die Kreisgemeinden sollen konsequent an der Mitwirkung und Umsetzung des Klimakonzeptes beteiligt werden. In vielen Kommunen des Landkreises gibt es bereits Klimaschutzprogramme bzw. Projekte für den Klimaschutz. Der Landkreis muss beim Thema Klimaschutz eng mit den Gemeinden kooperieren und die Maßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes konsequent weiterentwickeln.

Diese Ziffer wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

4. Die Energieagentur muss neu ausgerichtet und ihre Aufgaben zur Energie- und Klimaschutzagentur erweitert werden, damit sie zu einem wichtigen Anbieter des Klimaschutzes für Kommunen, Wirtschaft, Landwirtschaft und für die Bevölkerung wird.

Diese Ziffer wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

5. Die Wirkung der Maßnahmen und die Fortschritte auf dem Weg zu einer klimaneutralen Versorgung mit Energie, Nahrung und Rohstoffen soll in einem jährlichen Monitoring überprüft und aufgrund neuer Erkenntnisse und Techniken fortgeschrieben werden.

Diese Ziffer wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.5 Antrag FDP-Fraktion

2.5.1 Erstellung einer Bestandsliste der Fahrzeuge im Landkreisfuhrpark mit Angabe des Zeitpunkts der fälligen Ersatzbeschaffung, damit das Potential für eine Umstellung auf emissionsfreie/-arme Fahrzeuge abgeschätzt werden kann.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.6 Anträge der Fraktion AfD

2.6.1 Antrag auf Erstellung eines Gutachtens über die Auswirkungen der E-Mobilität im Landkreis Esslingen durch einen Wirtschaftssachverständigen

Fast täglich gibt es Meldungen von Personalabbau auf Grund von E-Mobilität bzw. der Energiewende, besonders betroffen ist hier der mittlere Neckarraum.

Wir beantragen daher die Erstellung eines Gutachtens durch einen Wirtschaftssachverständigen, um die Auswirkungen auf den Landkreis Esslingen darzulegen.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.6.2 Antrag auf Vorstellung des Black-out-Plans des Netzbetreibers

Wir beantragen die Vorstellung des Black-Out-Plans des Netzbetreibers, da Ende 2019 ein weiteres Grundlastkraftwerk (Philippsburg mit 1468 MW, entsprechen etwa 300 Windräder) stillgelegt wird.

Das Thema Blackout im Stromnetz beschäftigt immer mehr Bürger, denn sie können die Auswirkungen auf sich nicht nachvollziehen. Allein dieses Jahr kam es 4mal fast zu einem Blackout im deutschen Verbundnetz.

Dieser Antrag wird nach Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 138a/2019 abgelehnt (1 Ja-Stimme, 20 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

2.6.3 Antrag zur Reduzierung der Energiekosten in Gemeinschaftsunterkünften

Die AFD-Fraktion beantragt, dass zukünftig in allen Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises sichergestellt wird, dass die Energiekosten mit Hilfe von technischen Möglichkeiten (z. B. Bewegungsmelder, Thermostate etc.) reduziert bzw. eingespart werden.

Begründung:

In Zeiten steigender Energiepreise und der Umwelt zuliebe, sollte stets darauf geachtet werden, Gas, Wasser und Strom einzusparen, wo es geht. Da in Gemeinschaftsunterkünften häufig ein reges Kommen und Gehen herrscht und die Bewohner die Energiekosten nicht selbst bezahlen müssen, achten diese in der Regel auch weniger darauf, hier Kosten einzusparen. Auch kann falsches Heizen zu Schimmel führen und die Gesundheit der Bewohner beeinträchtigen.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.7 Anträge der Fraktion Die Linke

2.7.1 Kompetenzzentrum Gebäudebegrünung und Stadtklima

Wir beantragen:

1. Das Kompetenzzentrum „Gebäudebegrünung und Stadtklima e. V.“ berichtet in einem Ausschuss des Kreistages über seine Arbeit und seine Ziele.
2. Die Verwaltung soll im Anschluss an diesen Bericht Wege aufzeigen, wie diese Themen und Ziele im Landkreis weiterverfolgt werden können, und wie die Kommunen die Herausforderungen des Klimawandels mit Unterstützung des Landkreises besser meistern können.

Begründung:

Stadtbegrünung und Stadtklima sind Herausforderungen vieler Kommunen für die Zukunft. Ziel des Kompetenzzentrums „Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.“ ist es, durch Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Weiterbildung, Information und Sensibilisierung dieses Thema zu befördern. So sollen Städte und Kommunen an die Herausforderungen des Klimawandels besser angepasst werden. Urbanen Sturzfluten, Verlust an Biodiversität, städtischen Hitzeinseln und Luftschadstoffen soll besser entgegengewirkt werden.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 sowie der Zusage, diese Thematik im Zusammenhang mit der Vorstellung des Endberichts Band II des Klimaschutzkonzeptes im Ausschuss für Technik und Umwelt am 05.03.2020 aufzugreifen, als erledigt betrachtet.

2.7.2 Bericht: Projekt „emissionsfreie Straßenmeisterei“

Wir beantragen:

1. Einen ausführlichen Bericht im Kreistag über das Projekt „Emissionsfrei Straßenmeisterei“
2. eine Darstellung, wie die lokale Wirtschaft, Forschung, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in dieses Projekt eingebunden wird
3. eine Darstellung der Aktivitäten über die Erarbeitung von Zukunftsvisionen

Begründung:

Notwendig erscheinen uns Maßnahmen zur Zukunftssicherung für die lokale Wirtschaft. Dazu eignet sich einen Schwerpunkt auf das Thema Wasserstoffmobilität zu setzen. Lokale Wirtschaft, die Forschung, die Politik, die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft sollen zu einem Austausch über aktuelle und geplante Aktivitäten sowie zur Erarbeitung einer Zukunftsvision zusammengeführt werden.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.7.3 Mobilitätsmanagement

Wir beantragen:

Die Wirtschaftsförderung soll über Aktivitäten zu betrieblichen Mobilitätsmanagement berichten, um gute Beispiele dieser wichtigen Mobilitätsmaßnahme aufzuzeigen.

Begründung:

Dieser Bericht soll Maßnahmenbündel aufzeigen, die geeignet sind, die betriebsbedingten Personenverkehre zu vermeiden, zu reduzieren, zu verlagern und zu optimieren. Damit sollen Beiträge zur Einsparung umwelt- und klimaschädlicher Emissionen sowie zum Lärm-, Flächen- und Ressourcenschutz geleistet und positive Auswirkungen auf die Luftqualität ermöglicht werden. Die Beispiele sollen Vorbildcharakter und Multiplikatoreffekte entfalten und weitere Betriebe zur Konzipierung und Umsetzung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements aktivieren. Dies entsprechend den Ergebnissen der Prognosstudie und den Ergebnissen des Zukunftdialogs.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.7.4 Gewerbeflächen

Wir beantragen:

1. Gewerbeflächenpotentiale im Landkreis zu sammeln und zu bewerten, damit diese reaktiviert werden können, um den Flächenbedarf abzudecken.
2. Die Prognosstudie zeigt die Probleme des zunehmenden Pendlerverkehrs auf. Sie sieht im Bereich Infrastruktur eine zentrale Herausforderung in der „wachsenden Verkehrsbelastung“ durch steigendes Pendleraufkommen. Die Studie fordert daher Beratungsangebote für betriebliches Mobilitätsmanagement zu entwickeln und anzubieten. Auch im Hinblick auf die zunehmende Gewerbeflächenproblematik beantragen wir, Beratungsgebote zu erstellen, die den MIV zugunsten des ÖPNVs favorisieren. Dadurch könnten Flächen frei werden, die bisher als Parkplätze benutzt.

Begründung:

Neue Technologien fordern eine Bereitstellung von Flächen für Industrie und Gewerbe. Dies stellt einen verdichteten Landkreis wie den unseren vor große Probleme, sollen doch Böden, die überwiegend landwirtschaftlich genutzt werden, nicht versiegelt werden. Daher ist es notwendig vorhandene Gewerbeflächen zu erfassen und zu aktivieren.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung und in Vorlage 138a/2019 als erledigt betrachtet.

2.8 Anträge DIE REPUBLIKANER

2.8.1 Ansiedlung des regionalen Netzwerks „Künstliche Intelligenz“ bezüglich der Automobilwirtschaft im Landkreis Esslingen

Der Antragsteller hat schon bei den letzten Haushaltsberatungen auf die Wichtigkeit der „Künstlichen Intelligenz“ bei der Neuausrichtung der Automobilwirtschaft z. B. hinsichtlich des autonomen Fahrens hingewiesen.

Nachdem auch der Verband Region Stuttgart und seine Wirtschaftsförderung WRS dies befürwortet, geht es um den Standort. Die Landkreisverwaltung hatte sich bereiterklärt mit der Hochschule Esslingen zu prüfen, inwieweit die Thematik „Künstliche Intelligenz“ in das von der Hochschule geplante Innovationszentrum zu integrieren.

Dies wäre auch deshalb ideal, weil die vielen kleinen, im Landkreis beheimateten Zulieferfirmen einbezogen werden könnten.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 abgelehnt. (einstimmig)

2.8.2 Unterstützung der Kommunen im Kampf gegen Fluglärm

Zahlreiche Kommunen auf den Fildern, im Neckartal und auf dem Schurwald haben in einer Resolution auf die zunehmende Belastung durch den Fluglärm reagiert.

Die Zahl der Flugbewegungen sei 2018 um 7,5 % auf 139.617 gestiegen; der Verkehr balle sich um 6 Uhr morgens.

Die Kommunen wenden sich gegen weitere Ausdehnung des Flugverkehrs und sind für strikte Einhaltung des Nachtflugverbots.

Um der Resolution gegenüber dem Flughafen mehr Gewicht zu verschaffen, zeigt sich der Landkreis solidarisch mit den betroffenen Kommunen und unterstützt die Resolution.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterungen der Verwaltungen in der Sitzung und in Vorlage 138a/2019 abgelehnt (1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen, 13 Enthaltungen).

2.8.3 Behinderungen von Rettungsdiensten inkl. Feuerwehr

Die Gewaltbereitschaft ist leider ein zunehmendes Problem unserer Gesellschaft.

Inwieweit sind die Rettungsdienste im Landkreis Esslingen betroffen?

Wie viele Tötlichkeiten gegen deren Repräsentanten hat es 2017 und 2018 gegeben?

Wie viele verbalen Angriffe sind bekanntgeworden?

Dieser Antrag wird nach Erläuterungen der Verwaltung und der Vorlage 138a/2019 zurückgezogen.

3. Bauprogramm Kreisstraßen 2020 - 2023

Der Ausschuss für Technik und Umwelt nimmt das Erhaltungs- sowie das Um- und Ausbauprogramm (Bauprogramm) der Kreisstraßen für den Zeitraum von 2020 bis 2023 zur Kenntnis.

4. K 1208, Reichenbach-Baltmannsweiler Fahrbahnsanierung

Der Ausschuss für Technik und Umwelt fasst einstimmig folgende Beschlüsse

4.1 Der Fahrbahnsanierung auf der K 1208 zwischen Reichenbach und Baltmannsweiler wird zugestimmt.

4.2 Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme öffentlich gemäß VOB/A auszuschreiben und die Arbeiten an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Betriebsausschuss

5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Der Betriebsausschuss hat in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am 24. Oktober 2019 folgende Beschlüsse gefasst:

- 5.1 Die Verwaltung wird ermächtigt, gemeinsam mit den Kooperationspartnern (der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Rems-Murr-Kreis) und der EnBW Verhandlungen mit dem Ziel eines gegenseitigen Kündigungsverzichts zu führen.
- 5.2 Das Vergabeverfahren zur Einsammlung und Entsorgung von schadstoffbelasteten Abfällen wird nach § 63 Vergabeverordnung aufgehoben, da kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Konzepte für die Einsammlung und Entsorgung zu erarbeiten.

Die Öffentlichkeit nimmt hiervon Kenntnis.

6. Haushaltsdebatte 2020 - Anträge der Fraktionen und Stellungnahme der Verwaltung zum Wirtschaftsplan AWB

6.1 Antrag GRÜNE

6.1.1 Abfallvermeidung aktiv vorantreiben

Wir beantragen, ergänzend zur bestehenden Abfallberatung des Abfallwirtschaftsbetriebes (AWB) ein umfängliches Konzept zur Abfallvermeidung erstellen zu lassen.

Mit der EU-Abfallrahmenrichtlinie wurde 2008 die Abfallvermeidung als obersten Priorität der Abfallwirtschaft festgelegt. Ziel ist dabei die Minimierung nachteiliger Auswirkungen von Abfall auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt.

Mit einem umfänglichen Abfallvermeidungskonzept entstünde eine praktische Umsetzungshilfe, mit der sowohl ein Beitrag zur Vermeidung als auch zur Substitution durch Alternativen geleistet werden könnte. Zudem könnten durch geeignete Maßnahmen sowohl Kosten als auch Ressourcen eingespart werden. Das Konzept sollte sich dabei Vermeidungsmöglichkeiten und -strategien der Landkreisverwaltung als auch der Landkreisbevölkerung aufzeigen. Aufgrund der Tatsache, dass bisher nur wenige vergleichbare Konzepte existieren, kann der Landkreis hier eine Leuchtturmfunktion einnehmen.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 152a/2019 als erledigt betrachtet.

gez.
Dr. Marion Leuze-Mohr
Erste Landesbeamtin